

Peer Steinbrück

VERTAGTE ZUKUNFT



Die selbstzufriedene
Republik

Hoffmann und Campe



vielschichtige Probleme zu behandeln und tragfähige Kompromisse zu finden, entspricht nicht der Geschwindigkeit, mit der Medien im Wettbewerb um Quote, Klicks und Auflage ständig neue und spektakuläre Schlagzeilen bereitstellen müssen. Die umfassende Abrufbarkeit von Nachrichten, insbesondere im Netz, hat die Produzenten auf die Portionierung von Nachrichten in verdauliche Häppchen und Mediennutzer ihrerseits auf schnelle und knappe Lektüre getrimmt. Demokratische Entscheidungsprozesse unterliegen jedoch anderen Gesetzmäßigkeiten

und machen häufig komplexere Antworten notwendig. Diese Antworten werden, wenn sie manchmal nach langem Ringen vorgelegt werden, von den Bürgern oft als nicht mehr interessant, als langatmig, unverständlich, nicht selten auch als faule Kompromisse oder unglaubwürdig empfunden. Mitunter ist die Politik aber auch nicht weit von dem Verdacht der Agitation und Propaganda entfernt – mindestens unterstellt man ihr die Neigung zur Schönfärberei und Selbstbeweihräucherung. Den von der Geschwindigkeit des Netzes getriebenen Medien jedoch eher

selten.

Die Deutungsmacht der Medien und ihre gegenüber der Politik höhere Attraktivität haben einen Prozess in Gang gesetzt, der längst zu einer Kräfteverschiebung zwischen Politik und Medien geführt hat. Die Beschleunigung, die vor fünf Jahren allenfalls in Ansätzen erkennbar war, erstreckt sich nicht nur auf die Nachrichtenflut und ihre Erregungswellen. Sie betrifft sämtliche wirtschaftlichen und technischen Prozesse. Die Ausschläge an den Börsen und auf den Finanzmärkten, die Konjunkturen und die Refinanzierung von

Volkswirtschaften und großen Wirtschaftsunternehmen, die Tatsache, dass internationale Konflikte und Katastrophen unter Annullierung aller Raum- und Zeitgrenzen in »Echtzeit« auf uns einwirken, und die Verwertungsgeschwindigkeit sämtlicher Nachrichten im Stundenrhythmus: All dies setzt die Politik unter permanenten Stress. Regierungen und Parlamente erscheinen als Getriebene, die – hoffnungslos verspätet – kaum noch Herr der Lage zu sein scheinen.

Natürlich trägt dieser Eindruck. Die Regierung erschöpft sich keineswegs

in einem permanenten Krisenmanagement, und das Parlament ist keineswegs ein nachgeordnetes Vollzugsorgan, das in verkürzten Verfahren alles abdeckt, was ihr von der Exekutive vorgesetzt wird. Richtig ist aber, dass in der »digitalen Demokratie« die Politik mit ihren Entscheidungsprozessen vielfach einem Stresstest ausgesetzt ist. Der resultiert nicht nur aus der Vielzahl, Komplexität und Interdependenz der anstehenden Probleme. Einen nicht geringeren Einfluss hat die Erwartungshaltung einer gewandelten Öffentlichkeit: Nachrichtenkonsumenten einerseits